



---

## **Ausschuß für Kommunalpolitik**

46. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Oktober 1998

Dahlem - Lehrer-Bildungsstätte NRW in Kronenburg

9.00 Uhr bis 10.00 Uhr

Vorsitz: Friedrich Hofmann (SPD)

Stenograph: Michael Endres

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3302

- zur Mitberatung -

1

Der Ausschuß kommt überein, den Gesetzentwurf in der Sitzung am 25. November abschließend zu behandeln.

**2**     **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3271

1

- zur Mitberatung -

Der Ausschuß kommt überein, sein Votum als mitberatender Ausschuß nach Auswertung der Anhörung in einer Sondersitzung, deren Termin in einem Obleutegespräch noch festzulegen ist, vor der entscheidenden Sitzung des federführenden Ausschusses abzugeben.

**3**     **Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3143

2

- zur Mitberatung -

Der Ausschuß kommt überein, daß in einem Obleutegespräch ein geeigneter Termin für eine Sondersitzung gesucht werde, um rechtzeitig ein Votum an den federführenden Ausschuß abgeben zu können.

**4**     **Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - EuroEG NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3242

6

- zur Mitberatung -

Der Ausschuß begrüßt die die Einführung des Euro begleitenden Regelungen und kommt ohne weitere Aussprache einstimmig überein, dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß zu empfehlen, das vorliegende Gesetz anzunehmen.

**5 Verbesserung der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien**

Antrag der Fraktion der SPD und der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/3067

- zur Mitberatung -

7

Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Migrationsausschuß bei Enthaltung der CDU-Fraktion einstimmig, den Antrag anzunehmen.

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

**1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3302

- zur Mitberatung -

**Albert Leifert (CDU)** schlägt vor, die Aussprache erst in der Antragsitzung im November durchzuführen. Bis dahin werde seine Fraktion die Details noch im einzelnen beraten. Die grundsätzlichen Meinungen seien bereits im Plenum ausgetauscht worden, so daß er die der CDU nicht noch einmal vorzutragen brauche.

**Ewald Groth (GRÜNE)** kündigt für seine Fraktion ebenfalls Beratungsbedarf an und stimmt dem Verfahrensvorschlag seines Vorredners zu. In den Einbringungsreden im Plenum sei der Tagesordnungspunkt aus unterschiedlicher Richtung beleuchtet und der Änderungsbedarf seitens der GRÜNEN-Fraktion bereits dargelegt worden.

**Jürgen Thulke (SPD)** stimmt dem Verfahrensvorschlag des Kollegen Leifert ebenfalls ausdrücklich zu, da in der SPD-Fraktion die Haushaltsberatungen noch nicht aufgenommen worden seien.

*(Ergebnis siehe Beschlußteil)*

**2 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3271

- zur Mitberatung -

**Vorsitzender Friedrich Hofmann** erinnert daran, daß zu dem Gesetzentwurf erst vor wenigen Tagen, am 19. Oktober, eine Anhörung des federführenden Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie stattgefunden habe. Der federführende Ausschuß wolle aber bereits vor der nächsten Sitzung des AKO, die am 25. November stattfinde, abschließend beraten, so daß

der kommunalpolitische Ausschuß heute über den Gesetzentwurf entscheiden oder eine andere Möglichkeit suchen müsse.

**Jürgen Thulke (SPD)** schlägt angesichts der erst vorgestern stattgefundenen Anhörung vor, deren Auswertung abzuwarten und möglicherweise im Rahmen einer noch terminlich festzulegenden Sondersitzung außerhalb des regulären Sitzungsplans das Votum des AKO abzugeben.

**Josef Wilp (CDU)** sieht den Sachverhalt für seine Fraktion genauso. Es seien einige Änderungsvorschläge bei der Anhörung zutage getreten, die eine geänderte Fassung des Entwurfs möglich erscheinen ließen. Insofern sollte heute in die Diskussion nicht eingestiegen werden.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren ausdrücklich zu.

*(Ergebnis siehe Beschlußteil)*

### **3 Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3143

- zur Mitberatung -

**Vorsitzender Friedrich Hofmann** schickt voraus, der federführende Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung habe zu diesem Themenkomplex ebenfalls eine Anhörung am 30. September durchgeführt und wolle am 25. November 1998 seine abschließende Sitzung abhalten.

**Jürgen Thulke (SPD)** weist darauf hin, daß der Gesetzentwurf in seiner Fraktion erst am kommenden Dienstag behandelt werden solle. Es gebe zwar keine großen unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Kollegen des Facharbeitskreises und der kommunalpolitischen Fraktion, doch die Kommunalpolitiker seiner Fraktion strebten noch eine Präzisierung in den Formulierungen an mit dem Ziel, den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit für die Geräte zu geben. Dieses Anliegen sei von den Kollegen des Umweltabeitskreises bereits akzeptiert worden. Allerdings benötigte man hierzu noch den Segen der Gesamtfraktion. Insofern schlage er als Prozedere die gleiche Behandlung wie unter TOP 2 vor.